

Breslauer



Beilage.

Nr. 335.

Dinstag den 3. Dezember

1850.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 2. Dezember. Die Reform meldet: Bei der Olmüger Konferenz hat eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich in so weit stattgefunden, daß die böhmisches und schleswig-holsteinische Angelegenheit ihre endliche Entscheidung durch die Dresdener Konferenz aller deutschen Regierungen Ende dieses Monats zu erwarten hat. Zwischen Preußen und Oesterreichische Kommissare in Schleswig und Hesse die Beilegung der Zerwürfisse gemeinschaftlich zu erreichen suchen. Hinsichtlich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit wird einträchtiges Zusammenwirken Oesterreichs und Preußens im Stande sein, einen dem Bundesbeschlusse vom 17. Sept. 1846 angemessenen Zustand herbeizuführen.

Wien, 30. November. Frankreich hat sich erboten, 10,000 Mann zur Pacification Schleswigs zu stellen. (Deutsche Reform.)

Telegraphische Korrespondenzen

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 29. Novbr., Abends 8 Uhr. In das Departement Nièvre sind zur Verhütung möglicher Unruhen, Truppen gesendet worden. — Der Antrag Cretons: Aufhebung des Exils der Bourbonen wurde von der Legislative auf drei Monate vertagt. Die Gerichte von gemeinschaftlichen Maßregeln Englands und Frankreichs in der deutschen Angelegenheit, sind unbegründet.

Paris, 29. Novbr., Nachm. 5 Uhr. 3% 56, 30. 5% 90, 80.

Liverpool, 28. November. Zwischen den Anglikanern und Papisten hat ein blutiger Konflikt stattgefunden. Das Militär hat einschreiten müssen.

Triest, 1. Dez. Gestern Silberagio 32, London 12, 50. Wochenmarktpreise: Kaffee, Rio 35 1/2 — 42, Domingo 38 1/2 — 41, Java 35 — 40, Havanna 42, Portoriko 43 — 44, Mokka 43 fl. pr. Centner. Zucker, Havanna 17 — 21, weiß Bahia 19 — 21, Baumwolle, Mado 54 — 58, amerikanische 55 — 58, Smyrnaer 42 — 44 pr. Ballen. Sizilianer Drangen 20 1/2 — 24 1/2 die Kiste. Schafwolle von Salonich 53 — 60, von Skutari 47 fl.

Florenz, 27. Nov. Eine Nachricht des halbamtlichen Conservatore costituzionale zu Folge ist in Rom ein freimüthiges Ministralgesetz veröffentlicht worden.

Turin, 27. Novbr. Gestern las Buoncompagni in der Sitzung die von ihm entworfene Adresse. Die Linke verlangt die Drucklegung und Diskutierung derselben. Buoncompagni wünschte deren Annahme durch Affirmation. Die Majorität sprach sich für die Diskussion aus, worauf Buoncompagni seinen Antrag nebst dem Entwurf zurückzog.

Verona, 28. Novbr. Die Abhaltung öffentlicher Vergnügensfeste zu Gunsten der Breslauer wird verboten, da dieselben politische Färbung im unitarisch-radikalen Sinne anzunehmen begannen.

Uebersicht.

Breslau, 2. Dez. Von Berlin aus verläutelt man die Fortdauer des Friedens, während man bescheiden über die Bedingungen schwärzt, auf welche sich dieser kostbare Friede stützt und während man fortfährt zu rufen, welches den Frieden noch kostbarer macht. Der Minister Mantuffel traf vorigen Sonnabend Nachmittags 2 1/2 Uhr in Berlin ein und begab sich sofort nach Potsdam, wo er gegen 9 Uhr Abends zurückkehrte. Unmittelbar hierauf wohnte er einer Ministerberatung bei, welche bis gegen 11 Uhr dauerte. Gestern (am 1. Dez.) sollte eine Ministerberatung bei Sr. Maj. dem Könige stattfinden, nach deren Ausgang und die Berliner „Reform“ einige Mittheilungen über die „Friedensbedingungen“ verstreut.

Unsere Berliner SS-Korrespondenz enthält noch einige Bemerkungen über die preussisch-österreichisch-russische Konferenz zu Olmütz, aber den Abreise-Entwurf der zweiten Kammer und über die neueste Haltung Hannovers.

Am 28. November fanden in Karlsruhe sowohl in dem bayerischen als in dem preussischen Lager bedeutende Truppenbewegungen statt, die auf einen neuen Zusammenstoß schließen lassen. Obwohl die Doreizung wiederholt von Kanonendonner begleitet, den man im Rhodengebirge gehört habe, so dürfte doch wohl kein Konflikt erfolgt sein, und die Schiffe zur Streubensätze zu Ehren des Geburtstages des Königs von Bayern gewesen sein.

Auch die unter Haspenflugs Schutze in Frankfurt erscheinende Kasseler Zeitung berichtet über die durch den Kurfürsten herbeigeführte friedliche Ausgleichung der kurfürstlichen Wirren. (S. die vorgestrige Bresl. Ztg.)

Haspenflug beabsichtigt: Entschädigungs- Forderungen an Preußen für die durch preussische Truppen verursachten Schäden und Untothen zu stellen.

Nach München kam schon am 28. November durch den Telegraphen die Kunde von der friedlichen Ausgleichung in Betreff Kurheßens. Trotzdem sind neue Rekrutierungen ausgesprochen und frische Truppen nach dem Norden geschickt worden. Auf den Eisenbahnen mußte der Güter-Transport wegen dieser Truppen- Sendungen eingestellt werden. Auch ist der Prinz Euitpold zur Armee abgereist.

Die durchmärsche preussischer Truppen durch Frankfurt dauern fort, der Rückzug der Preußen aus Baden wird erst mit dem 4. oder 5. Dezember beendet sein.

Am 27. Nov. Abends fanden zu Frankfurt wieder blutige Schlägereien zwischen Bayern und Preußen statt. Am 28. Novbr. war es ruhig.

Je fälter es in Schleswig-Holstein wird, desto wärmer werden die Vorbereitungen zum Kampfe betrieben. Sowohl gegen ein vom Süden herankommendes Exekutionsheer trifft man alle Anstalten, um ihm einen recht warmen Empfang zu bereiten, als auch gegen die im Norden stehenden Dänen bereitet man sich vor, um sie nächstenfalls endlich anzugreifen. Die Dänen scheinen von diesem bevorstehenden Angriffe schon Kunde zu haben, und haben sich für einen etwaigen Rückzug vorgesehen.

Die Wiener Zeitungen haben zwar von dem zu Olmütz geschlossenen Frieden schon Kenntniß, doch wissen sie ebenfalls über die Bedingungen nichts mit Sicherheit anzugeben. So viel berichtet der

ministerielle „Lloyd“, daß die Olmüger Beschlüsse noch einer Bestätigung Seitens der Kabinette unterliegen. In Oesterreich rüht man fort, wie in Preußen. Die „Sächsische Post“ führt einen in Olmütz gefaßten Beschluß an, der so schimpflich für Preußen wäre, daß wir ihn hier nicht noch einmal erwähnen wollen. Auch wird wieder Meldung von dem ministeriellen „Lloyd“ damit widerprochen, daß er sagt: davon konnte in den Konferenzen gar keine Rede sein. — In Krakau wird ein österreichisches Reserve-Korps von 30,000 Mann zusammengezogen, und in Lemberg werden 27,000 Mann Russen einrücken.

Preußen.

Berlin, 1. Dezbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kapitän-Lieutenant Indebetou von der k. schwedischen Marine den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Kreisgerichtsboten und Exekutor Heine, Christ. Köding zu Grimmen das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

§ 3 Berlin, 1. Dezbr. [Die Olmüger Konferenzen. — Der Abreise-Entwurf der zweiten Kammer. — Haltungslosigkeit des hannoverschen Ministeriums in Bezug auf die Bundes-Exekution gegen Holstein. — Der hannoversche Justizminister im Jahre 1849 und 1850.] Der Minister, Herr v. Mantuffel, ist wider Erwarten früher, als man vermuthet, nämlich gestern Mittag um 2 Uhr aus Olmütz hierher zurückgekehrt. Die ministeriellen Organe stimmen darin überein, daß sie das Resultat der Reise als ein für Preußen sehr günstiges hinstellen. Hingegen sind sie mehr oder weniger beifällig mit der Präzisierung des erlangten Resultats. Am zurückhaltendsten ist die N. Preuß. Zeitung. In ihrem gestrigen Abendblatt, das erst am Schluß die Nachricht von der Rückkehr des Ministers bringt, dementirt sie die Mittheilung der meisten hiesigen Blätter, und die auch Ihr Korrespondent Ihnen nach zuverlässiger Quelle machen zu müssen glaubte, nämlich, daß Herr v. Mantuffel schriftliche Instruktionen mitgenommen habe. Ob das Organ des Herrn v. Mantuffel ein Interesse daran hatte, das Vorhandensein schriftlicher Instruktionen in Abrede zu stellen, wird sich zeigen, sobald wir alle Spezialitäten der Olmüger Konferenz kennen werden. Aber auch jetzt schon dürfen wir jenem Dementi ein Gegenargument entgegenstellen. Es läßt sich übrigens, auch ohne faktische Gewährleistung, nicht annehmen, daß das Gesamtkabinet eines seiner Mitglieder mit einer diplomatischen Mission von solcher Wichtigkeit, wie die in Rede stehende betrauen werde, ohne die Punkte bestimmt zu präzisieren, welche besprochen und zum Gegenstand der Vereinbarung gemacht werden sollen. Aber wie gesagt, wir werden sehr bald erfahren, aus welchem Grunde schriftliche Instruktionen nicht existieren sollen. Andere Organe mehren im Allgemeinen, daß Preußens Forderungen in Beziehung auf die obbesprochenen Fragen bewilligt werden, allein über das wie verläutelt nichts und das ist doch die Hauptsache. Namentlich ist es wichtig zu wissen, ob sich die beiden Mächte auch über die Propositionen verständigt, welche an die freien Konferenzen zu bringen sind. Die Deutsche Reform sagt nun überdem, daß sie sich näherer Mittheilungen enthalten müsse, bis nach beendeter Ministerarbeit, der diesen Morgen um 9 Uhr bei Sr. Majestät in Potsdam stattfindet. Aber auch gestern, gleich nach der Ankunft des Ministers, fand ein solcher Ministerrat statt. Es muß also wohl noch nicht ganz feststehen, ob das Resultat jener Reise wirklich ein so günstiges zu nennen ist. Morgen werden wir vielleicht im Stande sein, Näheres darüber zu berichten. — Die konstitutionelle Partei ist damit beschäftigt, wie ich das neulich bereits mitgeteilt, zu dem Abreise-Entwurf der Kommission ein Gegenprojekt zu entwerfen. Es wird dem Kommissionsentwurf mit Recht zum Vorwurf gemacht, daß er manchen Punkt ganz mit Still-schweigen übergeht, der durchaus besprochen sein muß, während andere Punkte zwar berührt, aber nicht mit der wünschenswerthen Klarheit präzisirt sind; noch andere Paragraphen bilden ein Echo zu den entsprechenden Paragraphen der Thronrede, die aber, gelinde gesagt, euphemistisch genannt werden müssen. Soll die Thronrede das sein, was man nach konstitutionellen Grundsätzen von ihr verlangen darf, so muß sie eben ein Rechenschaftsbericht der Regierung über ihre Akte während der Abwesenheit des Parlaments sein. Schlimm genug, wenn sie ein solches Kriterium nicht zuläßt. Das Parlament aber, wenn es in einer Adresse auf die Thronrede antwortet, soll sich zum Organ der öffentlichen Stimmung in Bezug auf die Zustände des Landes machen. Thut es dies nicht, so wird das Ganze zu einer Komödie. An dem Kommissionsentwurf ist zunächst zu tabeln, daß er nicht energisch jene geäußerten Verdächtigungen zurückweist, welche die Presse für das Attentat auf die Person Sr. Majestät verantwortlich macht, daß sie ferner nicht ihre Willkür über jene Juni-Preßordnungen auspricht, von denen es feststeht, daß die Majorität der Kammer sie verwerfen wird. Bedauerlich ist es ferner, daß die Kommission die pittoreske Darstellung des Handels- und Industrie-Verhältnisses, wie das Ministerium sie Sr. Majestät in den Mund gelegt, durch ihr Anekenntniß bestätigt. Die Gewerbetreibenden, die Industriellen, die Schiffahrer wissen leider nichts von einer solchen Wiederbelebung, die allerdings einen Augenblick eingetreten, alsbald aber vor der haltungslosen Politik des Kabinetts gewichen. Das sind nicht Meinungen der Tagespresse, sondern traurige Wahrheiten, die man aus dem Munde der Betreffenden leicht bestätigt hören kann. Ferner beklagt es die Kommission, daß die Bemühungen der Regierung nicht vermocht haben, den deutschen Staaten eine Verfassung zu verschaffen. Es wäre sehr wohl am Orte gewesen, zu sagen, daß das preussische Ministerium mit dazu beigetragen, jene Bemühungen zu paralytisiren, ja, sie scheitern zu machen. Ebenso läßt der Paragraph über die schleswig-holsteinische Angelegenheit vermessen, daß man gegen die beabsichtigte Bundesexekution einen entscheidenden vernünftigen Passus einbrachte. Auch der Paragraph über Kurheßen ist insofern mangelhaft, als nicht deutlich gesagt ist, daß die preussische Okkupation ein fernerer verfassungswidriges Vorgehen des Ministeriums Haspenflug zu inhibiren bestimmt sein müsse. Anekennt man muß man übrigens, daß in den Kapitalfragen eine liberale Richtung von der Kommission befolgt ist; manche Stellen würden, besser redigirt, auch eine bessere Wirkung haben. Vielleicht dient die öffentliche Diskussion dazu, dem Entwurfe die fehlende Schärfe im Aus-

druck zu geben, oder wenigstens zu den unklaren Stellen den bei solchen Dokumenten sehr wesentlichen Kommentar zu liefern. — Obwohl die Exekution in Holstein vorläufig etwas in die Ferne gerückt ist, so ist es doch wohl von Interesse, zu erfahren, wie unklar die Haltung des hannoverschen Ministeriums bei jenem Bundesbeschlusse ist. Als nämlich preussischerseits in Hannover angefragt wurde, was man dort Angesichts der vom Bunde beschlossenen Exekution zu thun gedachte, antwortete man: die hannoversche Regierung finde keine rechtlichen Gründe, sich jener Exekution zu widersetzen, sie selbst aber würde nicht daran Theil nehmen, sei jedoch bereit, als Reserve zur Bundesarmee, ein Observationskorps von 2000 Mann an der nördlichen Grenze aufzustellen; an dem Exekutionszuge selbst würde sie sich nur dann betheiligen, wenn sämtliche übrigen Bundesstaaten ihre Kontingente dazu sendeten. Meime sich, wer da kann, diese Widersprüche zusammen. — Zum Schluß noch ein Kuriosum, das in den heutigen Zeiten auch sein Interesse hat. Durch Zufall nämlich kam uns in diesen Tagen ein Programm zu Gesicht, am 25. Juni 1849 von den Wählern in Celle aufgestellt. Die Unterzeichner des Programms erklären sich darin mit der Unionsverfassung vorläufig einverstanden, nur das Wahlgesetz ist ihnen nicht freisinnig genug, sie hoffen vom Erfurter Reichstage, daß er die Mängel beseitigen werde. Der Schluß des Programms lautet wie folgt: „Es soll nicht der alte Bundesestag, nicht das alte Regiment mit seiner Bevormundungswirtschaft und Willkür zurückgeführt werden; sondern die Regierenden, woher es auch kommen möchte, würden wir, im Verein mit allen Gutsgefinnten, kräftig entgegen-treten.“ Dies Programm trägt unter anderen Unterschriften aus folgende: v. Rössing, Oberappellationsgerichtsrath. Und heute ist Hr. v. Rössing Justizminister des Königreichs Hannover.

Berlin, 1. Dezember. Einer dem Reichstagesbericht des Finanzministers über die Staats-Einnahmen und Ausgaben pro 1849 beigefügten Uebersicht über das Vermögen des Staatsschatzes beim Finalabschlusse pro 1849 entnehmen wir die Thatsache, daß der Staatsschatz nach geschehener Verwendung der aus demselben mit 3 Millionen und 1 Million Thaler gewährten Zuschüsse noch ein Vermögen von 3,877,493 Thaler besaß, wovon im Jahre 1849 noch 1 Million für die Diskontokassen und 685,000 Rthl. für die Ausgaben der Generalbankasse vorgeschossen waren, die jedoch im Laufe dieses Jahres bis auf den Betrag von 80,000 Thaler, der noch für die Diskontokassen aussteht, an den Staatsschatz zurückgezahlt worden sind. An ausstehenden Aktivkapitalien besaß der Staatsschatz beim Schlusse des Jahres 1849 die Summe von 4,571,010 Thaler.

Das Gesamtresultat des Rechenschaftsberichts geht dahin, daß die Ausgaben, einschließlich der Ausgabenreste, die bis zum Jahreschlusse 1849 erhobenen Einnahmestücke um 10,522,828 Thaler überstiegen haben, und da unter den wirklichen Einnahmen bereits 10,490,014 Thaler an außerordentlichen Hülfsmitteln enthalten sind (von welchen 5,608,000 Thaler bereits im Etat pro 1849 ausgebracht und 4,882,014 Thaler über den Voranschlag zur Einnahme gestellt sind), so weisen die laufenden Jahreseinnahmen zur Zeit gegen den Ausgabebedarf ein Defizit von 21,012,842 Thaler nach. Es haben nämlich, nach Ausforderung der durchlaufenden Einnahme- und Ausgabe-posten, die Ausgaben, einschließlich der Ausgabe-reste überhanpt 104,760,816 Thaler, die etatsmäßigen Jahreseinnahmen 83,747,974 Thaler betragen, so daß sich ein Defizit von 21,012,842 Thaler ergibt, welches indeß bis zum Schlusse des laufenden Jahres theils durch die nachträgliche Einziehung der Einnahmerückstände von 831,810 Thaler, theils durch die an den Restausgaben von 10,351,203 Thaler zu erzielenden Ersparnisse noch vermindert haben dürfte. Dem Defizit steht gegenüber ein um mehr als 2 Millionen Thaler erhöhtes Guthaben der Staatskasse an kreditsicheren Zinsen und Steuern und wegen der in gewöhnlicher Weise fortgesetzten Tilgung, eine Verminderung der älteren Staatsschulden, um mehr als 2 1/2 Millionen Thaler. (C. B.)

§ 6 Entwurf über Verantwortlichkeit der Minister. Der zweiten Kammer ist so eben der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Fälle der Verantwortlichkeit, in welchen Minister durch die Kammern angeklagt werden können, das dabei zu beobachtende Verfahren und die zur Anwendung kommenden Strafen, vorgelegt worden. Der wesentliche Inhalt des Entwurfs lautet:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w., verordnen mit Zustimmung beider Kammern, was folgt: Erstes Abchnitt. Fälle der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Minister und Staatsbeamten. § 1. Jede der beiden Kammern kann gegen die Minister wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Verletzung oder des Verrathes Anklage erheben. § 2. Das Verbrechen der Verfassungsverletzung wird von einem Minister begangen durch jede der Verfassung zuwiderlaufende Handlung oder Unterlassung, deren Verfassungswidrigkeit dem Schuldigen bekannt war, oder nicht ohne kein großes Verdicten entgegen konnte. § 3. Das Verbrechen der Verletzung ist vorhanden: 1) in den durch das Strafgesetzbuch vorgesehenen Fällen, 2) wenn ein Minister von einer auswärtigen Regierung Gesandte oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt. Die von dem Könige gestattete Annahme von Ehrenzeichen und Auszeichnungen fällt nicht unter diese Bestimmung. § 4. Das Verbrechen des Verrathes umfaßt die Verbrechen des Hochverraths und des Landesverrathes; es ist selbst wenn die Merkmale dieser Verbrechen nicht vorliegen, vorhanden, wenn ein Minister irgend eine Handlung, welche geeignet ist, die innere Sicherheit des Staates zu gefährden, oder den Staat im Verhältniß zu auswärtigen Mächten zu benachtheiligen, in beständiger Absicht vornimmt. Unter den Handlungen sind pflichtwidrige Unterlassungen einbezogen. § 5. Rührt das Verbrechen unter ein bestimmtes Strafgesetz, so kommt dieses zur Anwendung. Ist es durch ein Strafgesetz nicht vorgesehen, so wird eine der zu den geschilderten Straftaten gehörenden Strafen verhängt, welche zu der Verurteilung in einem gerechten Verhältnisse steht; auf Zuchthaus oder eine höhere Strafe darf jedoch in diesen Fällen nicht erkannt, und als Freiheitsstrafe nur Festungshaft verhängt werden. Jede Verurtheilung hat den Verlust des Amtes kraft des Gesetzes zur Folge.

Zweiter Abchnitt. Von dem Verfahren in den Kammern bei Anklagen gegen die Minister. § 6. Minister, welche nicht mehr im Amte sind, bleiben hinsichtlich der von ihnen als Minister begangenen strafbaren Handlungen den Bestimmungen dieses Gesetzes unterworfen, wenn die Verurteilung vor dem Schlusse ihrer Amtsperiode aus dem Amte folgenden Kammerverfassung eingeleitet wird. In dem entgegengelegten Falle findet wegen Verfassungsverletzung eine Verurteilung nicht mehr statt; wegen Verletzung oder Verrathes kann

sie nur nach den gemeinen Strafgesetzen und vor den gewöhnlichen Gerichten eintreten. § 7. Der Antrag auf Anklage eines Ministers muß schriftlich eingebracht werden und in der ersten Kammer wenigstens von fünfzehn, in der zweiten wenigstens von fünfzig Mitgliedern unterzeichnet sein. Der Antrag muß eine genaue Bezeichnung der Thatfachen, welche dem Minister zur Last gelegt werden, und der Gesetze enthalten, welche die Strafbarkeit der Handlung und die Zuständigkeit der Kammer zur Erhebung der Anklage begründen. § 8. Der Präsident der Kammer verfügt die sofortige Mittheilung des Antrages an den betreffenden Minister und bestimmt, unter Freibestellung von wenigstens acht Tagen nach der Sitzung, an welchem der Antrag auf die Tagesordnung kommen soll. Die Verhandlung an dem bestimmten Tage, bei welcher der Minister auf Verlangen jeder Zeit gehört werden muß, beschränkt sich darauf, ob die Kammer zur Tagesordnung übergeben, oder den Antrag an einen Ausschuss verweisen will. § 11. Der Minister kann freiwillig oder auf Veranlassung des Ausschusses persönlich vor demselben erscheinen und Ausklärungen geben; er kann auch solche Erklärungen, so wie die betreffenden Urkunden schriftlich dem Ausschusse einreichen. Wider seinen Willen ist der Minister vor dem Ausschusse zu erscheinen oder demselben Erklärungen abzugeben nicht verpflichtet. § 12. Der Ausschuss erstattet, nach Beendigung der ihm obliegenden vorbereitenden Handlungen, der Kammer Bericht, unter Anführung der verschiedenen Meinungen und der Gründe derselben. § 13. Der Präsident der Kammer verfügt die sofortige Mittheilung des Berichtes an den Minister und bestimmt, unter Freibestellung von wenigstens acht Tagen nach der Sitzung, an welchem die Sache auf die Tagesordnung kommen soll. § 14. Bei der Verhandlung muß der Minister, gegen welchen der Antrag auf Anklage angebracht worden ist, auf sein Verlangen gehört, und ihm das letzte Wort gewährt werden. § 17. Wenn die Kammer die Erhebung der Anklage beschließt, so wählt sie fünf ihrer Mitglieder zu Kommissarien, um die Anklageschrift abzufassen und die Anklage zu verfolgen. Die Kammer hat das Recht, den Kommissarien Anweisungen zu geben und die Personen derselben zu jeder Zeit zu wechseln. Unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, welche zum Nothfall des betreffenden Ministers gehören, können nicht zu Kommissarien gewählt werden. § 18. Der auf die Anklage gerichtete und die Anklagepunkte festsetzende Beschluß der Kammer und die von den Kommissarien gefertigte Anklageschrift, wird nebst den Akten des Ausschusses und den etwaigen sonstigen, auf die Anklage bezüglichen Akten durch den Präsidenten der Kammer dem ersten Präsidenten des Ober-Tribunals übersandt. Zugleich werden demselben die Kommissarien zur Verfolgung der Anklage (§ 17) angezeigt. § 20. Der Prozeß wird durch die Vertagung der Kammern oder durch die Schließung ihrer Sitzungs-Periode nicht stillt, wenn die eine oder die andere nach Mittheilung des Beschlusses in Gemäßheit des § 18 erfolgt. In der Zwischenzeit und bis zur Beendigung des Prozesses stehen die Kommissarien unter dem Schutze des Art. 84 der Verfassungs-Urkunde. § 21. Wenn während des Prozesses die Legislatur-Periode der Kammer, welche die Anklage zugelaufen hat, abläuft, oder wenn dieselbe aufgelöst wird, so ist der Prozeß in der Lage, in welcher er sich gerade befindet, abzubrechen und bis zum Wiederzusammentritt der Kammer zu sistiren. Der erste Präsident des Ober-Tribunals hat nach Konstituierung der neuen Kammer dem Präsidenten derselben sofort über die Lage der Verhandlungen Mittheilung zu machen und die Befehlung von Kommissarien anheimzugeben. Geschieht dieselbe nicht binnen vier Wochen von dem Tage an gerechnet, an welchem die Konstituierung der Kammer erfolgt, so wird die Anklage für zurückgenommen erachtet.

Dritter Abchnitt. Von dem Verfahren vor dem Ober-Tribunale. § 24. Sobald die Mittheilung der im § 18 erwähnten Aktenstücke erfolgt ist, tritt das Ober-Tribunal in vereinigten Senat als Gerichtshof über die gegen Minister gerichteten Anklagen in Wirksamkeit. § 25. Die nicht etatsmäßigen Mitglieder des Ober-Tribunals und diejenigen, welche erst nach der im § 9 erwähnten Verweisung an einen Ausschuss ernannt sind, nehmen an der Verhandlung und Entscheidung keinen Theil. Dasselbe gilt von denjenigen Mitgliedern des Gerichtshofes, welche zur Zeit der beschlossenen Erhebung der Anklage (§ 15) Mitglieder der Kammer waren, von der die Anklage ausgegangen ist. Das Obertribunal kann nicht zu Gericht sitzen wenn nicht wenigstens zwei Drittel der hienach zur Mitwirkung berufenen Mitglieder anwesend sind. § 26. Der erste Präsident des Gerichtshofes erläßt gleich nach Eingang der Aktenstücke einen Eröffnungs- oder einen Vorberichtsbescheid gegen den Angeklagten und verbietet demselben, nach dem Verhöre erstattet die Verurteilung des Angeklagten beschließen kann. Der Gerichtshof kann anordnen, daß eine schriftliche Voruntersuchung stattfinden, oder daß die statutenmäßige ergänzt werden soll. Die aufgenommenen Verhandlungen müssen vor Eröffnung der mündlichen Hauptverhandlung sowohl dem Angeklagten als den Kommissarien der Kammer mitgetheilt werden. § 27. Der Sitzungssaal des Ober-Tribunals wird von dem ersten Präsidenten des Ober-Tribunals festgesetzt, und sowohl dem Angeklagten, als den Kommissarien der Kammer wenigstens acht Tage vorher bekannt gemacht. § 28. Die Verhandlungen der Staatsanwaltschaft werden, insofern sie die Aufrechterhaltung der Anklage betreffen, von den Kommissarien der Kammer wahrgenommen, welche beauftragt sind, einen oder zwei aus ihrer Mitte damit zu beauftragen. Ist die andere Kammer betheiligte, so kann dieselbe zwei Kommissarien beordern. Die Staatsanwaltschaft bei dem Ober-Tribunale befaßt gleich wohl das Recht, alle Anträge zu stellen, welche die Gesetzmäßigkeit des Verfahrens betreffen. Sie muß nach dem Schlusse der Verhandlungen als Vertreterin des Gesetzes gehört werden. § 29. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen kann nur ausgeschlossen werden, wenn die Staatsanwaltschaft bei dem Ober-Tribunale, unter Vorlegung eines hierauf gerichteten ausdrücklichen Beschlusses des Justiz-Ministers, darauf anträgt, um die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zu verhindern. Die Verhandlung hierüber erfolgt in geheimer Sitzung in Gegenwart der Kommissarien der Kammern und des Angeklagten, welche auf ihr Verlangen gehört werden müssen. § 31. Die Einziehung des Ober-Tribunals ist einem Reichsmittel nicht unterworfen. Findet in Gemäßheit der Strafprozeß-Ordnung eine Wiederannahme der Unterurteilung statt, so wird auch die neue Entscheidung von dem Ober-Tribunale erlassen. § 34. Die Bestimmungen dieses Gesetzes stehen einer Verurteilung des Ministers vor den ordentlichen Gerichten wegen derjenigen Handlungen, welche auch durch die gemeinen Strafgesetze vorgehoben sind, nicht entgegen.

[An die preussischen Reichstagsmänner in Berlin.] Unter diesem Titel enthält die Königlich Preussische Zeitung folgende Ansprache: Untere preussischen Stände find versammelt. Wir hoffen, daß sie nicht bloß enge und kurze preussische Köpfe und Herzen, sondern auch volle und ganze deutsche Mitbürger haben, daß sie auch Augen haben über das kleine Preußen, auf das ganze große Deutschland hinaus, über die kleine, flüchtige Gegenwart in die große, lange Zukunft hinüber zu schauen. Ueber Vieles, was in der Gegenwart zu traurig und zu schändlich ist, schweige ich hier. Dieses Gegenwart hat uns Einen Menschen gegeben, welcher gleich einem Haynau (im Jahr 1814 böhmischer Minister und französischer Hauptspäher für Deutschland), welcher bei der hohen pariser Polizei noch heute als ein deutscher Schelm figt, auf ewig aus den deutschen Grenzen verbannt werden mußte: ich meine den Haspenflug, Haspenflug zugeordnet; sie hat uns das österreichische Kabinet in seiner vollen Schaamlosigkeit, treulosen, un-deutschen, freisinnsmörderischen Blöße hingestellt; sie hat uns eben durch Oesterreich den Knotenpunkt gezeigt, worum alle fremde Hinterlist eben durch dieses Oesterreichs undeutsche Thätigkeit und Bestissenheit sich zusammengeschlossen hat.

Was meine ich? Sie zeigt uns Schleswig-Holstein als den Knotenpunkt, zu dessen Lösung, ja, Verhauung, jedes

